

Man erinnert sich nur zu gut, daß jenen Ententeoffizieren, die mit der Kontrolle der Entöffnung Deutschlands betraut wurden, aus deutschen Linkskreisen täglich Tugende und Hunderte von Denuntiationsberichten zugingen, zu allermeist sogar ohne Forderung von Bezahlung, aus einer mißverständlichen Auffassung heraus oder aus Haß gegen eine politische Richtung. Parteipolitik hat auch in Thüringen jene Kräfte regiert, die glaubten sich ein Verdienst zu erwerben, wenn sie im Interesse, wenn auch ohne Auftrag, des Reichsinnenministeriums Material beschafften. Daß versucht wurde, solches Material über thüringische Beamte zu erlangen, ist besonders

zu verwerfen, wie man nur den Kopf dazu schütteln kann, daß ein Reichsinnenminister auf solchen Wegen erlangtes Material ohne Prüfung seiner Herkunft und des Weges, den es genommen haben konnte, verwendet. Ganz gleich, welcher politischen Anschauung man ist, es ist zu verwerfen, wenn Minister und Beamte in Ausübung ihres Dienstes bespitzelt werden, um Material gegen eine unwillkommene Richtung zu schaffen. Das heißt das Mißtrauen bis in die Amtsstuben hineintragen. Bei solcher Auffassung kann kein Staat gedeihen. Der Reichsinnenminister hat Möglichkeiten genug, um sich ganz offiziell über Vorkommnisse in Thüringen zu informieren. Das vom Reichsminister verwendete Material soll solcher Art sein, daß es ihm auf den ersten Blick anzusehen ist, daß seine Beschaffung nicht immer das helle Licht des Tages vertragen kann. Es sei denn, man huldigt dem Grundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Daß Thüringen sich gegen eine derartige Bespitzelung durch eine Privat-Organisation und gewisse Einzelpersonen wehrt, ist ihm nicht zu verdenken, und wenn es im ersten Unmut nach der Feststellung solcher merkwürdigen Methoden über die Grenzen geht, ist das immerhin verständlich. Der Kampf der Machtexponenten, die aus der sogenannten Weimarer Koalition hervorgehen (Machtexponenten des Zentrums, der Demokraten und der SPD), gegen Thüringen, erscheint nicht mehr als Kampf um den Schutz der Verfassung, sondern als Kampf um die Korrektur des Volkswillens, geboren aus parteipolitischen Abneigung gegenüber der NSDAP.

Thüringens Volk hat sich für eine Rechtsregierung entschieden, in der auch die NSDAP beteiligt ist. Diesen Volkswillen hat, wenn Demokratie überhaupt noch einen Sinn haben soll, das Reich und Preußen zu respektieren. Wie ja auch Preußen heute noch auf den Volkswillen sich beruft, der vor Jahren die Weimarer Koalition aus der brachte. Ohne Rücksicht darauf, daß dieser Volkswille sich inzwischen wesentlich geändert hat. Der Reichsminister hat die Pflicht, Verfassungsverletzungen zu verhindern. Ihm ist aber Unparteilichkeit nach allen Seiten auferlegt und der Kampf gegen ein Land darf nicht zum Selbstzweck, nicht zur Angelegenheit eines Machtkampfes der Parteien werden, die um die Erhaltung ihrer Machtpositionen kämpfen, die sie bedroht sehen.

Wenn schon Dr. Wirth Zerfetzungserscheinungen bei der Polizei in Thüringen sieht, dann müßte er umgekehrt auch jenen Forderungen auf Nachprüfung nach den Verhältnissen in der preussischen Polizei nachgehen und sich ernstlich bemühen, Klarheit über Zweifelsfragen zu schaffen. Wir haben im „Aufwärts“ erst kürzlich Gelegenheit genommen, auf gewisse Zerfetzungserscheinungen in der preussischen Polizei zu verweisen. Bisher hat der Reichsinnenminister nichts unternommen, obwohl ihm das Material bekannt ist.

Wenn sich Dr. Wirth gegen die Veröffentlichungen des Staatsministers in Thüringen wendet, weil das ein „Eingriff“ in das schwebende Verfahren sei, so sei daran erinnert, daß der Beauftragte des Herrn Dr. Wirth aus Anlaß des Reichsgerichtsprozesses gegen die Ulmer Offiziere ebenfalls in ein schwebendes Verfahren eingriff, als er durch das bekannte Material des Reichsinnenministeriums den Eid Hitlers zu entkräften suchte.

Es ist immerhin interessant, festzustellen, auf welchem Wege solches Material, wie es kurz vor den Wahlen zur Beeinflussung der Öffentlichkeit in der Presse erschien, die „Staatsfeindlichkeit“ der NSDAP als Schreckmittel darduend, in die Hände des Reichsinnenministers kam. Eins vergessen die streitenden Parteien allerdings: Thüringen ist ein Glied des Reiches. Und kein Feindland, über dessen Vorgänge im Inneren man sich Berichte be-

dient, die auf merkwürdige Weise unter Beihilfe von Beamten zustande gekommen sind, die von der Thüringer Regierung Lohn und Brot haben, die ihr den Treuschwur zu leisten hatten.

Die Zeit ist so schwer, daß endlich auch ein Dr. Wirth sich endlich dazu bekennen müßte „Ich kenne keine Rohardenfarben und Abzeichen mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

Es muß für jeden Deutschen die Gewähr gegeben sein, daß die Reichsminister von unbedingter Ueberparteilichkeit geleitet werden und daß ausschließlich die Sorge um den Schutz der Verfassung die Maßnahmen gegen Länder bestimmen darf. Es darf ja auch nicht einmal der Anschein erweckt werden, als wenn solche Maßnahmen der „Korrektur“ des Volkswillens gälten, weil eine herrschende Parteikonstellation ihre Machtpositionen durch eine aufstrebende Partei bedroht sieht.

Erst wenn alle Handlungen den Stempel der absoluten Ueberparteilichkeit tragen, wenn die Minister sich aus Bindungen und Verbindungen lösen, deren Tendenz nicht einwandfrei ist, alles vermeidend, was Zweifel in die unbedingte Ueberparteilichkeit schafft, erst dann kommen wir langsam zur Gesundung.

F. B. A.

Der Jugendschutz im Gaststättengesetz.

Es gab schon seit 1923 Bestimmungen zum Schutz der Jugend gegen die Alkoholfahren. Aber wer hat sie befolgt? Wer kannte sie überhaupt? Die Gefahr ist groß, daß die neu erlassenen Jugendschutzbestimmungen des Gaststättengesetzes daselbe Schicksal haben. Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Nürnberg hat in seiner Kundgebung zur Alkoholfahrt gerade auf diese Jugendschutzbestimmungen hingewiesen und erneut alle Gemeinden aufgerufen, bei ihrer Durchführung mitzuhelfen. Die Evangelische Reichsarbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Alkoholfahrt versuchte auf einer Konferenz in Berlin hierzu praktische Wege zu weisen. In der Evangelischen Reichsarbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Alkoholfahrt sind seit 1927 die großen Reichsverbände der evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsarbeit, der Männer, Frauen und Jugendlichen zusammengeschlossen. Sie steht unter Leitung von Geheimrat Prof. Dr. Wahling-Berlin. Die Geschäftsführung liegt beim Zentralausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Ueber die alkoholfreie Jugendzucht in der evangelischen Jugendarbeit referierten Jugendführerinnen, Jugendpfarrer, Lehrerinnen und Gemeindepfarrer und stellten die besondere Verantwortung der Jugendbünde, der Jugendfürsorge, der Schule und Kirche (mit besonderer Berücksichtigung von Religionsunterricht und Konfirmandenunterricht) heraus. Eine Vertin wies in ihrem Referat unter allgemeiner Zustimmung die Hauptaufgabe dem Elternhaus zu. Es wird einer langen intensiven Aufklärungs- und Erziehungsarbeit bedürfen, ehe der Gedanke des Gesetzgebers, daß Alkohol für Jugendliche schädlich ist, wirklich ins Volksbewußtsein übergegangen ist. Die evangelische Kirche hat sich in ihrer Gesamtheit für diese Arbeit eingesetzt. Hoffen wir, daß sie dafür genug Helfer und Helferinnen findet.

Die wichtigsten hierher gehörenden Bestimmungen im Gaststättengesetz sind folgende:

§ 8 Abs. 2: Ein vorübergehendes Bedürfnis ist für den Ausschank geistiger Getränke bei Schul- und Jugendfesten, sowie bei Sportfesten, an denen überwiegend Jugendliche beteiligt sind, nicht anzuerkennen.

Am dem Begrüßungsabend sprach der Ehrenvorsitzende und Bundesgründer Reg.-Oberlandmesser Toellner, Soest über das Thema: „40 Jahre Weiskreuzarbeit in Deutschland.“ Im Anschluß daran wurde ihm durch den Bundesvorsitzenden ein Dankschreiben vom Präsidium des Evangelischen Oberkirchenrates, D. Kappler, überreicht „für die hingebende und treue Arbeit im Kampfe um die sittliche Reinheit unseres Volkes“. Grüsse wurden unter anderen überbracht von den Mitgliedern des Ehrenausschusses: Superintendent Professor Reichner, vom Vertreter des Oberbürgermeisters, von Studiendirektor Bier, Melanchthongymnasium; vom Direktor des Predigerseminars D. Kiemer; und ein schriftlicher Gruß von Generalsuperintendent D. Zöllner, Münster. Erhebend war der Festgottesdienst am Sonntag morgen in der Stadtkirche, der liturgisch-musikalisch reich ausgestaltet war. Die eigens für die Tagung entworfene Festliturgie, nach alt-reformatorischer Weise, sang Herr Pfarrer Kempf in Verbindung mit dem Kirchenchor unter Leitung von Musikdirektor Straube und dem Gemeindegesang. Die Festpredigt hielt Generalsuperintendent D. Schöttler, Magdeburg, im Anschluß an Timotheus 6, 11. Seine herzandrängenden Ausführungen gipfelten in den drei Kennzeichen eines rechten Weiskreuzarbeiters: Der Mut zur Flucht, der Wille zum heiligen Kampf, die Kraft zum seligen Gewinn.

Die Festtagung am Nachmittag in der Stadtkirche, von der zur Feier des Tages die Kirchensahne wehte, und die im Innern mit Vorbeerbäumen festlich geschmückt war, zeigte einen zahlreichen Besuch. Nach einem Orgelvorspiel des Musikdirektors Straube und dem Gemeindegesang eröffnete der Bundesvorsitzende, Oberkonsistorialrat Dr. Koch die Festversammlung mit einem Wort des Lobens und Dankens gegen Gottes Führungen in der 40-jährigen Weiskreuzarbeit.

Es folgten sodann die Begrüßungen seitens der kirchlichen Behörden und der Inneren Mission, sowie eine Ansprache des Oberbürgermeisters Warm. Mit einem kurzen Bibelwort brachten ferner die Vertreter von 17 Landesverbänden ihre Segenswünsche dar. An Stelle des

§ 16: (1) Verboten ist:

1. an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genussmittel im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel zu eigenem Genuß zu verabreichen.
 2. an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Stellvertreters auch andere geistige Getränke oder Tabakwaren im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft zu eigenem Genuß zu verabreichen;
 6. Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genussmittel auf Turn-, Spiel- und Sportplätzen oder Hallen zu verabreichen.
- (2) Landesrechtliche Bestimmungen zum Schutz der Jugend, die über die Ziffern 1 und 2 des Abs. 1 hinausgehen, bleiben unberührt.

In den Ausführungsbestimmungen zum Gaststättengesetz des Preuß. Ministers des Inneren wird folgendes über das Gaststättengesetz gesagt:

Artikel 1. Das Gaststättengesetz dient dem Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und der Verschlechterung des Schankkonzeptionswesens. Diese beiden Gesichtspunkte sind bei der Anwendung des Gesetzes stets zu berücksichtigen und vor allem bei Entscheidungen in Zweifelsfragen zur Anwendung zu bringen.

Zu § 16. Die Innehaltung der zum Schutz der Jugendlichen erlassenen Bestimmungen ist mit besonderem Nachdruck zu überwachen.

Genf und die Ostafrikapläne.

Die Mandatskommission hält den Zeitpunkt für eine Stellungnahme noch nicht für gekommen.

Die Mandatskommission des Völkerbundes, die sich in Genf zu einer neuen Tagung versammelte, erörterte die Frage, ob die englische Denkschrift über die Vereinigung Deutsch-Ostafrikas mit den britischen Besitztümern in Ostafrika an, die Tagesordnung gesetzt werden soll. Vom Völkerbundsekretariat wird hierüber eine offizielle Mitteilung herausgegeben, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Mandatskommission hat die Frage erörtert, ob es tunlich sei, daß sie schon jetzt ihre Meinung über den Vorschlag der britischen Regierung in dem Weiskreuz, das dem Plan einer engeren Verwaltungsgemeinschaft zwischen Tanganika, Uganda und Kenia gewidmet ist, zum Ausdruck bringe. Nach einem Meinungsaustausch hatte die Kommission den Beschluß, die Erörterung dieser Fragen bis zu dem Augenblick zu verschieben, wo die Mandatsmacht (England) ihr den Wortlaut ihrer Entscheidungen gemäß der vor dem Rat am 6. September 1929 eingegangenen Verpflichtung mitgeteilt hat.“

Die Mandatskommission erwidert also in der Denkschrift der britischen Regierung noch nicht die Entscheidung, die der Mandatskommission am 8. September 1929 durch den britischen Außenminister Henderson in Aussicht gestellt worden ist.

Die Einlösung landwirtschaftlicher Dämme mittelwechel. Das preussische Staatsministerium ist, wie es auf eine Anfrage im Landtag mitteilt, bereit, den in Frage kommenden zentralen Kreditinstituten für eine wohlwollende Behandlung der Anträge auf Verlängerung der Weiskreuz für künstliche Dämme einzutreten. Das Staatsministerium sei nach wie vor bemüht, sich auch im Rahmen des Dammprogramms für die Durchführung der notwendigen Schutzmaßnahmen im Interesse der bedrohten Landwirtschaft des Ostens einzusetzen.

verhinderten Reichswart D. Stange hielt Reichssekretär Hero Lüft, Kassel einen ersten Festvortrag, in dem er auch die Bitte und Forderung an die oberste Kirchenbehörde richtete: Schafft dem Bunde des Weissen Kreuzes freie Bahn. — Keine Gemeinde darf ohne eine Ortsgruppe vom Weissen Kreuz sein.

Das Schlusswort sprach Direktor Pastor Stuhmann als einen Generalappell: Angriff statt Verteidigung ist das Gebot der Stunde. Mit einer recht wohlwollen Abendmahlsfeier in der Stadtkirche am Altar D. Martin Luthers wurde die Tagung geschlossen.

Besonders erfreulich war es, daß auch die Schweiz zwei Vertreter des Weissen Kreuzes entsandt hatte, die wiederholt ihrem Dank und ihrer Freude über die Arbeit in Deutschland und in der Schweiz Ausdruck gaben.

Zur Zeit umfaßt der Deutsche Bund 1507 Ortsgruppen und steht mit etwa 3000 Einzelmitgliedern in Verbindung. Da der Bund keine Beiträge erhebt und die freiwilligen Gaben und Sammlungen bei Gelegenheit der ausgedehnten Reisetätigkeit der 4 Berufsarbeiter in den letzten Jahren die Unkosten nicht gedeckt haben, so ist eine Schuldenlast von 18000 Mark entstanden. Es ist daher mit Betrübnis festzustellen, daß ein Abbau von Reisesekretären erfolgen muß in einer Zeit, wo die Arbeit so dringend notwendig ist, falls nicht Gott der Herr Herzen erweckt, die gewillt sind, ein besonderes Opfer für die Arbeit zu bringen. Einer der Schweizer Freunde ist mit gutem Weiskreuz vorangegangen, indem er 5000 fr. in Wittenberg für die Bundesarbeit gestiftet hat.

Die Landestagung am Buß- und Bettag in Münster wird am Vorabend mit verschiedenen öffentlichen Vorträgen eröffnet. Der Gottesdienst am Buß- und Bettag ist in der Erlöserkirche. Festprediger ist Pastor Fiebig, Münster. Zu der Hauptversammlung am Nachmittag im neuen Evangelischen Vereinshaus wird Bundeswart Pastor Zühl, Barmen, ein Referat halten über das Thema: „Dunkle unbekannte Triebe“, mit nachfolgender Aussprache. Generalsuperintendent D. Zöllner wird am Nachmittag die Konferenz begrüßen.

40 jährige Arbeit des Deutschen Sittlichkeitsbundes vom Weissen Kreuz.

In den ersten Oktobertagen ist in der alten Lutherstadt Wittenberg auf der 6. allgemeinen deutschen Weiskreuztagung das 40-jährige Bestehen des Bundes begonnen worden. Am Buß- und Bettag wird auf der 66. Landestagung für Rheinland und Westfalen in Münster ebenfalls des Tages gedacht werden, wo vor 40 Jahren das Banner des Weissen Kreuzes unter der christlichen Mannesjugend aufgerichtet wurde.

Die Wittenberger Reichstagung war erhebend und gewinnbringend, wenn sie auch wegen der traurigen Wirtschaftsverhältnisse nicht so zahlreich besucht war, wie in früheren Jahren. Eine Fülle von Vorträgen und Referaten wurden gehalten im Saale des Schlossgartenhotels, im Melanchthongymnasium und in der Stadtkirche, wo Luther seine Predigten gehalten hat.

Die Tagung stand unter der Leitung des Bundesvorsitzenden Ob.-Konsist.-Rat Dr. jur. Koch, Berlin. Als Referenten waren gewonnen die Herren: Geh.-Rat Prof. Dr. Schaefer, Breslau, Staatsrat Dr. med. Hoppeler, Zürich, Direktor Pastor Stuhmann, Godesberg, Reichssekretär Hero Lüft, Kassel, Pfarrer Knabe, Leipzig, Generalsekretär Hohloch, Stuttgart, Dr. med. Finkbe, Jschoppau.

Zur Verhandlung standen unter andern die Themen: „Die geistigen Zusammenhänge des sittlichen Niederganges unseres Volkes und die Hoffnung auf den sittlichen Aufstieg“; „Der furchtbare Ernst und das Gebot der Stunde im Ringen um Deutschlands Seele“; „Im Kampfe um die christliche Ehe und Familie“; „Die Not des fordernden Triebes“; „Medizinische Grenzfragen der Seelsorge in der Weiskreuzarbeit“. Die Vorträge und Referate von der Fest- und anschließenden Schulungstagung werden in der Bundeszeitschrift des „Weissen Kreuzes“, unter Leitung des rührigen Generalsekretärs Gundermann, Norimberg, veröffentlicht werden.

Der ito Defizits von ten des laus Steuern zu sonderu sich als mi Angene die die We oder von 25 um 12 Pr nung tritt sich auf 25 Die vor steht demna Böhm, Gehä aller Staats sich auf 25 Ihre jährlich fire in allen vom Staat a In der darauf hinge bereits erheb schlossene G Beschleunig und der Mi die große M Der Mi Regierung i fassischen ganisationen Das besche in d Lebens auf d lra nach de Gegenwarts handlung de die jetzige M Pensionen h Von de eine halbe V lichen Betri antenperson 190 000 Bed und Telegra stellten, der 160 000 Ge brozentige A für den St die Staatsb Ital zu den — Rom, Boden und um so bezeich tember und lsten von th um einen v plöglichen A spigung der s des vergange schen erfolgte tätigen, bew sich nicht um Gegenteil um sein hat, als Am Freiber Der de hat in ein Times“ in des Blattes, im Osten beg heißt es u. Als der der Ansicht außerordent tit war, der gegenseitige Polen einfa der Minder Auffassung schweitere, b nun wieder über dem Deutsch sailler Gren trachten, u Mitteln, u blidlichen u nen das der Zeit einer n tion betrad Der p einem Son leigen Gen Effizienz, W Korridor p Deutschland armen deut sich gegen d lla, Polen Interesse d aufrecht zu

Mussolini kürzt die Gehälter.

Für Beamte und öffentliche Betriebe um 12 Prozent.

Der italienische Ministerrat hat zur Deckung des Defizits von 729 Millionen in den ersten vier Monaten des laufenden Finanzjahres beschlossen, weder neue Steuern zu schaffen, noch die bestehenden zu verschärfen, sondern unerschütterlich alle Ersparnismaßnahmen, die sich als möglich erweisen, durchzuführen.

Angenommen wurde daher eine Verordnung, durch die die Bezüge jeder Art des gesamten vom Staat oder von öffentlichen Betrieben beschäftigten Personals um 12 Prozent herabgesetzt werden. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Die vom Ministerrat angenommene Verordnung sieht demnach eine zwölfprozentige Herabsetzung aller Löhne, Gehälter, Bezüge, Zulagen und Vergütungen aller Staatsangestellten vor. Die Herabsetzung steigert sich auf 25 Prozent für die Einkommen über 40 000 Lire jährlich und auf 35 Prozent für die über 60 000 Lire in allen staatlichen Verwaltungen und irgendwie vom Staat abhängigen Betrieben.

In der Begründung zu dieser Maßnahme wird darauf hingewiesen, daß die Löhne der Arbeiterschaft bereits erheblich gekürzt worden wären. Der jetzt beschlossene Gehaltsabbau soll und wird eine weitere Verschärfung im Nachgeben der Kleinhandelspreise und der Mieten herbeiführen, auch mit Rücksicht auf die große Anzahl der nichtvermieteten Räume.

Der Ministerrat weist ferner darauf hin, daß die Regierung ihr Versprechen, daß im achten Jahre der faschistischen Ära die letzten kriegswirtschaftlichen Organisationen verschwinden sollen, gehalten habe.

Das Programm des neunten Jahres besteuere in der Einstellung des gesamten Wirtschaftslebens auf den seit drei Jahren feststehenden Wert der Lira nach der Formel: eine Vorkriegsliira gleich 3,66 Gegenwartsliira. Die Regierung behält sich vor, die Behandlung der Pensionen in der Weise zu prüfen, daß die jetzige Maßnahme keinen Einfluß auf die künftigen Pensionen habe.

Von der Gehalts- und Lohnkürzung werden rund eine halbe Million Beamte und Angestellte der staatlichen Betriebe betroffen. Außer dem eigentlichen Beamtenpersonal mit ungefähr 60 000 gehören dazu 190 000 Beamte und Angestellte von Eisenbahn, Post und Telegraph, die bei den Staatsmonopolen Angestellten, deren Zahl sich auf 25 000 beläuft, und 160 000 Gemeindebeamte, Lehrer usw. Durch die 12-prozentige Kürzung ergibt sich eine Jahresersparnis für den Staatshaushalt, die Gemeindefinanzen und die Staatsbetriebe von über einer Milliarde.

Italienische Pressestimmen

zu den Wahlen in Baden und Mecklenburg.

Rom, 9. November. Das Ergebnis der Wahlen in Baden und Mecklenburg nennt das „Giornale d'Italia“ um so bezeichnender, als nach den Wahlen des 14. September und dem damaligen Erfolg der Nationalsozialisten von ihren Gegnern behauptet wurde, daß es sich um einen vorübergehenden Erfolg als Ergebnis eines plötzlichen Aufschwungs der Wählerschaft infolge der Zuspitzung der Wirtschaftskrise gehandelt habe. Die Wahlen des vergangenen Sonntags aber, die die anderen inzwischen erfolgten Wahlen, wie die von Braunschweig bestätigen, beweisen nach dem „Giornale d'Italia“, daß es sich nicht um eine vorübergehende Bewegung, sondern im Gegenteil um eine Bewegung handelt, die nicht den Anschein hat, als wolle sie Halt machen.

Um die deutsche Ostgrenze.

Freiherr v. Rheinbaben zur Korridorfrage.

Der deutsche Politiker Freiherr v. Rheinbaben hat in einem Schreiben an den Herausgeber der „Times“ in London zu verschiedenen Veröffentlichungen des Blattes, die sich auf die Frage der Grenzrevision im Osten beziehen, Stellung genommen. In dem Briefe heißt es u. a.:

Als deutscher Politiker, der während vieler Jahre der Ansicht gewesen ist, daß es nach Vercano die außerordentlich schwierige Aufgabe unserer Außenpolitik war, den Versuch zu machen, durch Verträge und gegenseitige Abkommen zu einem modus vivendi mit Polen einschließlich der Aufrechterhaltung der Rechte der Minderheiten zu kommen, der nun aber zu der Auffassung gelangt ist, daß dieser Versuch auch völlig scheiterte, betrachte ich das deutsch-polnische Problem nun wiederum als ein offenes vor Europa und gegenüber dem Weltfrieden.

Deutschland kann und wird niemals die Versailles Grenzen im Osten als endgültige Regelung betrachten. Es erstrebt ihre Revision mit friedlichen Mitteln, und ich wage zu hoffen, daß in den angestrebten und kommenden internationalen Diskussionen das deutsch-polnische Problem als ein wesentlicher Teil einer neuen internationalen Anstrengung und Aktion betrachtet werden wird.

Jaleff ist anderer Ansicht.

Der polnische Außenminister Jaleff bezeichnete einem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ die jetzigen Grenzen Polens als ein Minimum für Polens Existenz. Man dürfe nicht vergessen, daß der Danziger Korridor Polen alle Weltmärkte eröffne, während er Deutschland nur den Markt einer übrigen ziemlich armen deutschen Provinz verschleße. Jaleff wendete sich gegen den Revisionsgedanken und erklärte schließlich, Polen und Frankreich hätten ein gemeinsames Interesse daran, den Friedensvertrag von Versailles aufrecht zu erhalten.

Vor der Reichsratsentscheidung.

Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister sprechen in der Schlussitzung.

Berlin, 20. November.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben ihre Arbeiten soweit beschleunigt, daß nach einer noch einmaligen Ausschuss-Sitzung noch am Donnerstag das Plenum des Reichsrats zusammentreten kann, um anschließend zu dem Reichshaushaltsplan für 1931 und die Gesetze zur Sanierung der Finanzen Stellung zu nehmen.

Wie der Eröffnungssitzung, werden auch der Schlussitzung mehrere Ministerpräsidenten der deutschen Länder beizuwohnen. Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister des Auswärtigen wollen diese Gelegenheit benutzen, um zu den aktuellen Fragen der deutschen Politik Stellung zu nehmen. Man erwartet, daß Reichsaussenminister Dr. Curtius bei dieser Gelegenheit auch auf die letzte Brand-Nede und die — nach Ton und Inhalt gleich unerhörten — Ausführungen Tardieu eingehen wird.

In der letzten Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats wurde die erste Lesung des Steuervereinfachungsgesetzes zu Ende geführt. Zu dem Gesetz sprachen der preussische Ministerpräsident Dr. Hög und der bayerische Ministerpräsident Dr. Held; ferner nahm Reichsfinanzminister Dr. Dietrich das Wort. Die Verabschiedung dieses Gesetzes bis Donnerstag erwies sich als unmöglich, so daß nunmehr das Steuervereinfachungsgesetz von der Tagesordnung der Donnerstagssitzung abgesetzt worden ist.

Im Reichstag beginnt die erste Lesung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung am 3. Dezember. Auch hier wird Reichskanzler Dr. Brüning die Debatte mit einer Rede einleiten. Mit den einzelnen Fraktionen hat der Kanzler bereits Fühlung genommen; neue Besprechungen stehen bevor.

Inkraftsetzung durch Notverordnung?

Die Aussichten des Regierungsprogramms im Reichstag sind nach wie vor ungewiss. Das Reichskabinett will anscheinend vom Reichstag verlangen, die Gesetze zur Sanierung der Finanzen noch vor Weihnachten zu verabschieden, damit sich der Haushaltsausgleich in der Weihnachtspause ausschließlich der Beratung des neuen Reichshaushaltsplanes widmen kann. Für den Fall, daß das auf Schwierigkeiten stößt, scheint die Reichsregierung an die Inkraftsetzung ihrer Vorlagen im Wege der Notverordnung zu denken. Vorerst hofft man jedoch in den Kreisen der Reichsregierung, die einzelnen Gesetze mit wechselnden Mehrheiten durchbringen zu können.

Dingeldey statt Scholz.

Einmündiger Vorschlag des Parteivorstandes. — Dr. Scholz beharrt auf seinem Rücktritt.

Nach der Sitzung des Parteivorstandes wurde das vom 11. November datierte Mitteilungsblatt des Dr. Scholz veröffentlicht. Dr. Scholz betont darin, daß seine Hoffnung, nach der Operation den Belastungen aus seinen Wunden gesund zu werden, sich nicht erfüllt hat. Er ist in Erfüllung gegangen. Auch habe ihm sein Arzt im Interesse seiner Gesundheit und seiner Familie die Entfernung von der Politik zur Pflicht gemacht. Danach schließt Dr. Scholz fort:

Darüber hinaus — und diese Erwägung steht in erster Linie — verlangt aber auch das Gesamtinteresse der Partei gerade im Augenblick eine starke und energische Führung, die längere Vertretungen nicht gestattet. Ich habe mich daher, wahrlich nicht leichten Herzens, entschlossen, meine Ämter als Vorsitzender der Partei und Fraktion niederzulegen. Dieser Entschluß ist reiflich überlegt und unwiderruflich.

Er wird mir durch zwei Erwägungen erleichtert. Einmal kann ich mit Freude und Genugtuung feststellen, daß gerade im jetzigen Augenblick, der stärksten politischen Aktivität verlangt, die Fraktion im Reichstag, und, wie ich glaube, auch die Partei einig sind in der Gesamtaufassung, wie ich sie seit Beginn meines politischen Lebens unbeeinträchtigt vertreten habe. Und zum zweiten glaube ich, einen Nachfolger vorzuschlagen zu können, dessen unverbrauchte Kraft die schwierigen Probleme der Zeit zu meistern in der Lage ist und zu dessen Gesamteinstellung ich vollstes Vertrauen besitze.

Ich gestatte mir deshalb, dem Parteivorstand die Anregung zu geben, meinen Freund Dingeldey dem Parteivorstand zur Wahl als Parteiführer in Vorschlag zu bringen.

Schwerstes Hemmnis für meinen Entschluß war der Gedanke, daß mein Schritt als Flucht aus der Verantwortung gedeutet werden könnte, nachdem die Partei bei den letzten Wahlen eine unbezweifelbare Niederlage erlitten habe. Ich habe dies Hemmnis überwunden, gerade weil ich von höchster Verantwortung gegenüber meiner geliebten Partei durchdrungen bin und weil ich unerschütterlich an ihre Zukunft glaube.

Reichsminister a. D. Dr. Scholz, der als Nachfolger Stresemanns die Führung der Deutschen Volkspartei übernahm, hat nunmehr, nachdem er sich vor Jahresfrist wegen eines Darmleidens einer Operation unterziehen mußte, und sein Erholungsurlaub in Vercano ihm die erhoffte Genesung nicht gebracht hat, endgültig seine Ämter als Vorsitzender der Partei und ihrer Reichstagsfraktion niedergelegt. Die Abgeordneten Dingeldey und Tauch, die sich dieser Tage nach Vercano begeben hatten, um Dr. Scholz auf Veranlassung des Parteivorstandes umzukommen, teilten dem Parteivorstand mit, daß Dr. Scholz auf seinem Rücktritt beharre. Der Parteivorstand beschloß darauf einstimmig, dem für den 30. November nach Berlin einberufenen Parteivorstand als Nachfolger von Dr. Scholz den von Dr. Scholz empfohlenen Reichstagsabgeordneten Dingeldey in Vorschlag zu bringen.

Aus Indien werden neue Verhaftungen von Mitgliedern „unabhängiger Vereinigungen“ gemeldet.

Pommerellen ist deutsch!

— Bromberg, 20. November.

Der Wahlausfall in Polen hat auch eine ernste außenpolitische Seite, auf die von Anfang an hingewiesen werden muß. Zunächst sei nochmals festgestellt, daß die offenen Gewalttätigkeiten und die Verletzung der Wahlvorschriften eine zahlenmäßig richtige Vertretung der deutschen Minderheit im polnischen Landtag unter allen Umständen unmöglich machen mußten.

So hat man denn auch mit dem Verlust des deutschen Mandats im Wahlkreis Gnesen von vornherein gerechnet. Ebenso konnte man nichts daran ändern, daß das bisherige deutsche Mandat im Wahlkreis Graudenz und das bei ungestörten Wahlen der deutschen Partei in diesem Bezirk sichere zweite Mandat durch die Ungültigkeitserklärung der deutschen Liste verloren ging. Auf eine Niederlage der deutschen Abgeordneten in Thorn und Dirschau und dem Verlust eines deutschen Mandates in Bromberg war man jedoch nicht gefaßt.

Prokludend verkünden nun die Zeitungen des Marschalls Pilsudski, die Deutschen hätten sämtliche Mandate in Pommerellen, und in Polen zwei von vier, verloren. Wenn jetzt im Korridor nur zwei deutsche Abgeordnete gegenüber sieben im alten Landtag gewählt worden seien, dann zeige das, daß der Korridor eben polnisches Land sei.

Nach diesem Aufruf muß man sich darauf gefaßt machen, daß die polnische Politik den Wahlausfall benutzen wird, um vor der Weltöffentlichkeit die These vom polnischen Pommerellen zu vertreten. Es würde uns nicht überraschen, wenn jetzt polnische Statistiker eine Rechnung aufmachen würden, nach der das Deutschtum in dem umstrittenen Land praktisch überhaupt keine Bedeutung mehr hat, die deutsche Forderung einer gründlichen Grenzrevision also der inneren Berechtigung entbehrt.

In Wirklichkeit ist aber das Deutschtum sowohl im Korridor als in Ostpreußen heute nicht geringer als in den Jahren zuvor und der Wille dieser Bevölkerung deutsch zu bleiben, nicht schwächer! Seit den Wahlen von 1922 haben die deutschen Stimmen stetig zugenommen, je mehr es den deutschen Organisationen gelang, die Minderheit zusammenzuschließen. Hätten die deutschen Wähler frei und ungehindert abstimmen können, dann wäre auch die Zahl der deutschen Abgeordneten, die Pommerellen im polnischen Landtag vertreten, im November 1930 nicht nur beibehalten, sondern sehr wahrscheinlich noch größer geworden.

Wenn man das Rätsel des deutschen Stimmenrückgangs lösen will, dann muß man den Wahlerfolg in richtiger Größe in Rechnung stellen. In den letzten Tagen vor der Wahl reisten in ganz Pommerellen Abgesandte des Wojewoden (Oberpräsidenten) herum, die jeden Inhaber einer Schatz- und Tabakkonzession oder eines Amtes im Staats-, Kommunal-, Eisenbahn- und Postdienst aufsuchten und darauf aufmerksam machten, daß jeder, der am Wahltag nicht offen für die Regierungsliste stimme, scharfe Zwangsmaßnahmen, Entziehung der Konzession oder Entlassung, zu erwarten habe. Tausende von Deutschen hat man so zur Wahlenthaltung oder gar Stimmenthaltung für den Marschall gezwungen. Auf den Bauernhöfen aber lungerten die Gendarmen herum und notierten „Verhöre“ gegen dieses oder jenes Geseh, wobei sie durchblicken ließen, daß man nach der Wahl regierungstreuen Landwirten gegenüber Rücksicht üben könne.

Illustriert wird die Not der deutschen Wähler durch die Abgabe von Notstimmzetteln in den Bezirken Dirschau. Mehrere Tausend Stimmberechtigte hatten den Stimmzettel der Regierungspartei, der die Nummer 1 trug, eine 2 hinzugefügt, und so eine neue Liste 12 daraus gemacht, wahrscheinlich deshalb, weil ihnen ein deutscher Stimmzettel nicht zur Verfügung stand oder es ihnen nicht raumt erschien, mit einem deutschen Stimmzettel im Wahllokal zu erscheinen. Über selbst diese gegen den Regierungspartei abgegebenen Stimmzettel hat man der Regierung gutgeschrieben.

So hat Marschall Pilsudski durch ein Zwangsmaß an Gesetzesverletzungen und Gewalttätigkeiten „gesehgt“, aber er wird seines „Sieges“ nicht froh werden. Die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Lande unterscheiden sich wesentlich von den Mehrheitsverhältnissen im Landtag. Soweit sich daraus innenpolitische Spannungen ergeben, interessieren sie außerhalb Polens nur in begrenztem Maße. Entscheidend aber ist, daß bei Zeiten den Bestrebungen vorgebeugt wird, die darauf abzielen, aus dem verfallenen Wahleresultat eine Waffe gegen die Revision der deutsch-polnischen Grenzen zu schmieden. Pommerellen ist deutsch, heute nicht minder wie in der Not der Jahre zuvor, und es wartet jetzt erst recht darauf, daß ihm Gerechtigkeit zuteil wird.

Schlussbilanz der deutschen Listen.

Bei den Landtagswahlen in Polen hat die deutsche Liste in folgenden Wahlkreisen je ein Mandat bezogen: Königschütze, Kattowitz, Teschen, Santer und Bromberg. In folgenden Kreisen ist je ein Mandat verloren gegangen: Königschütze, Kattowitz, Teschen, Gnesen, Bromberg, Dirschau, Graudenz, Thorn, Wloclawek, Konin, Lodz-Land, Lemberg-Land. Abgesehen von den eigentümlichen Wahlbedingungen, bei denen die Minderheiten einem übermächtigen Druck gegenüberstehen, muß der Umfang berücksichtigt werden, daß ja die deutsche Liste in den Kreisen Graudenz und Wloclawek wegen irgendwelcher sogenannter formaler Verstöße gar nicht zugelassen worden ist. Die beiden Mandate auf der Staatsliste mußten natürlich auch verloren gehen, weil ja die erforderliche Grundzahl von sechs Bezirksmandaten nicht erreicht worden ist.

Methode Moskau.

Bucharin unterwirft sich.

Romno, 20. November. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Internationale Bucharin, der geistige Führer der Rechtsopposition am Mittwoch in einem Schreiben

Mit der erwartete Konferenz), lösen, eröffnen kann es aber nationalistische Weigert habe also von sonstigen angemessenen Mohammeda bitter antiliberalen Land weilen gibt der Völk und Adressen eign Affairs. In Ihrem manarbeit z. Beiden beide manarbeit e der: Eingebannt haben sich und verheit der Raus die guten C verdorbenen nen eigenen nahmte ist, u Hautfarbe i lesung über gesagt, daß Schwarzen doch ein In die mich an fional. Ein ger wäre, a Gesicht, daß schritt in die eines weißen nis, wenn e Ja, aber In Ich bin nur Infel, und gen: warum Antwort ist, mich der En herausbringen sen. Daraus sei ein Kom Bis vor kurz agenda bei auch die Pa hat mich ge in Sprache aber das R ansprüche, d lität (inferi Herausgebe für, daß die Grund der aber, daß d man heute fen sollte, f Feuer in e schwerlich d erung des Unter d die besonde nahmte?“ b rigkeiten a macht dem geber, der deutlich me standen ist. Regierung, und den V und Arabe ten. Norm